

Sacht, Stephen

Research Report

Bundestagswahl 2025: Finanzpolitische Konsequenzen angebotsseitiger Politikmaßnahmen

HWWI Standpunkt, No. 1/2025

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Sacht, Stephen (2025) : Bundestagswahl 2025: Finanzpolitische Konsequenzen
angebotsseitiger Politikmaßnahmen, HWWI Standpunkt, No. 1/2025, Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/312434>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

HWWI STANDPUNKTE

Bundestagswahl 2025: Finanzpolitische Konsequenzen angebotsseitiger Politikmaßnahmen

Stephen Sacht



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI STANDPUNKT NR. 1/2025

Autor:

STEPHEN SACHT (sacht@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Standpunkte

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Februar 2025

Bundestagswahl 2025: Finanzpolitische Konsequenzen angebotsseitiger Politikmaßnahmen

Stephen Sacht^{1,2}

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland;
Email: sacht@hwwi.org

²Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), Christian-Albrechts-Platz 4, 24118 Kiel, Deutschland

Die kommende Bundestagswahl findet mitten in einer der gravierendsten Krisen der deutschen Wirtschaft seit Jahrzehnten statt. Die politischen Parteien haben die wirtschaftliche Lage erkannt und versprechen für die Zeit nach der Bundestagswahl, entsprechende Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen. Interessanterweise halten sie sich jedoch mit Blick auf ihre Wahlprogramme bei der Beantwortung der Frage, wie entlastende Politikmaßnahmen finanziert werden sollen, mit konkreten Aussagen weitestgehend bedeckt. Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) geht dieser Frage im vorliegenden Standpunkt auf den Grund, um zu der Diskussion über eine mögliche Reform der Schuldenbremse beizutragen. Untersucht werden die kurzfristigen Auswirkungen vornehmlich angebotsseitiger Politikmaßnahmen auf makroökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigung und die Inflationsrate sowie den Finanzierungssaldo des Staates. Es wird aufgezeigt, dass eine Kombination aus einer Unternehmenssteuersenkung, einer Anhebung des Mindestlohns, einer Verringerung der Stromsteuer und einer Deckelung des Netzentgelts für Strom zwar zu einem starken konjunkturellen Aufschwung, aber auch zu einem Anstieg im Finanzierungsdefizit um circa 130% bzw. 365 Milliarden Euro führen könnte. Besser geeignet wäre eine Kombination von Stromsteuersenkung und Netzentgeltdeckelung, welche nur eine moderat positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung implizieren würde, jedoch einen Rückgang um 2% bzw. 5,71 Milliarden Euro im Finanzierungsdefizit erzielen könnte. Das Risiko gravierender Finanzierungsdefizite muss bei der Planung der anstehenden Wirtschaftspolitik daher dringend beachtet werden.

Die kommende Bundestagswahl findet mitten in einer der gravierendsten Krisen der deutschen Wirtschaft seit Jahrzehnten statt. Neben den Herausforderungen der Energiewende, Migration und sich zuspitzender Überalterung der Gesellschaft beschreibt das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) in seiner aktuellen Konjunkturprognose den Umstand einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund stagnierender gesamtwirtschaftlicher Produktivität bei gleichzeitig gestiegenen Lohnstückkosten. Die politischen Parteien haben die wirtschaftliche Lage erkannt und versprechen für die Zeit nach der Bundestagswahl, entsprechende Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen. Rufe nach entlastenden Politikmaßnahmen sind hierbei so vielfältig wie jene nach einer Reform der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. In der Tat stellt sich den an Politik interessierten Wählerinnen und Wählern die Frage, wie diese Maßnahmen gegenfinanziert werden sollen. Interessanterweise halten sich die zur

HWWI Standpunkte

Ansprechpartner
Stephen Sacht

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

Wahl antretenden Parteien mit Blick auf ihre Wahlprogramme bei der Beantwortung dieser Frage mit konkreten Aussagen weitestgehend bedeckt.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf Politikmaßnahmen, welche die Angebotsseite der Volkswirtschaft, d.h. konkret die Kostenstruktur der Branchen und Industrien, betrifft und diese finanziell entlasten sollen bzw. belasten werden. Die hierzu gemachten Ankündigungen sind den Wahlprogrammen jener Parteien entnommen, bei denen zum jetzigen Zeitpunkt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass diese aufgrund von Koalitionsvereinbarungen die zukünftige Bundesregierung stellen werden: Die Union aus CDU und CSU, die SPD sowie Bündnis90/Die Grünen. Jedoch finden sich artverwandte Politikvorhaben auch bei anderen, hier nicht genannten Parteien. Unter Berücksichtigung des Beobachtungszeitraums von einem Jahr prognostizieren wir die prozentuale Entwicklung ausgewählter makroökonomischer Indikatoren, wie das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Beschäftigung und die Inflationsrate sowie den Finanzierungssaldos des Staates unter der Annahme einer sich nicht veränderten Staatsausgabenpolitik, welche durch die folgenden ausgewählten Politikvorhaben hervorgerufen wird:¹

- Senkung der Unternehmenssteuern, d.h. der Körperschafts- und Gewinnsteuern, von 29,94% auf maximal 25,00%. Dieser Punkt findet sich im Wahlprogramm der Union.
- Eine Erhöhung des Mindestlohns von 12,82 auf 15,00 Euro wird sowohl von der SPD als auch Bündnis90/Die Grünen gefordert.
- Beide Parteien streben ebenfalls eine Deckelung des Netzentgelts von derzeit durchschnittlich 11,50 auf 3,00 Euro Cent pro Kilowattstunde an.
- Sowohl die Union als auch die SPD sowie Bündnis90/Die Grünen planen eine Absenkung der Stromsteuer von derzeit 2,05 auf 0,05 Euro Cent pro Kilowattstunde, was dem europäischen Mindeststeuersatz für Strom entspricht.

Streng genommen stellen einige dieser Maßnahmen natürlich nicht rein angebotsseitige Politikmaßnahmen dar. Zum Beispiel führt eine Senkung der Stromsteuer sowie eine Deckelung des Netzentgelts auch zu einer Verbesserung der Situation der privaten Konsumenten auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Das Gleiche gilt isoliert gesehen auch für einen Anstieg des Mindestlohns.

Die Entwicklungen in den makroökonomischen Indikatoren stehen jedoch nicht allein im Fokus unserer Analyse. Vielmehr sind wir ebenso an der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Kosten der ausgewählten Maßnahmen interessiert. Aus diesem Grund berücksichtigen wir explizit den Finanzierungssaldo des Staates, welcher sich aus den Einnahmen (u.a. durch das Steueraufkommen) abzüglich der Ausgaben ergibt. Dieses Vorgehen erlaubt es uns, die Effizienz der politischen Vorhabens anhand einer potenziellen Entwicklung des gemäß HWWI prognostizierten Staatsdefizits von -2,2% für 2024 zu bewerten und somit zu der Diskussion über eine mögliche Reform der Schuldenbremse beizutragen.

Tabelle 1 beschreibt die prozentualen Änderungen in den makroökonomischen Indikatoren innerhalb eines Jahres in Abhängigkeit von den ausgewählten Politikmaßnahmen. In dem Szenario, welches eine Kombination aller Maßnahmen unterstellt, ergibt sich eine starke Tendenz zu einer konjunkturellen Aufschwungphase anhand eines positiven realen Wirtschaftswachstums von 3,78% sowie positive Entwicklungen der Beschäftigung, des privaten Konsums und der Investitionstätigkeit. Letztere könnte in der langen Frist zu weiteren Wachstumsimpulsen durch eine Ausweitung

1. Die Prognose wird mithilfe des HWWI-eigenen Computable General Equilibrium (CGE)-Modells erstellt, das eine modellbasierte Bewertung makroökonomischer Entwicklungen ermöglicht, indem integrale Abhängigkeiten zwischen wirtschaftlichen Variablen wie z.B. dem BIP und der Gesamtbeschäftigung berücksichtigt werden. Ein CGE-Modell dient als Analyseinstrument, welches ein mathematisches Gleichungssystem mit empirischen Daten (angegeben in Niveaugrößen) auf Grundlage ökonomischer Annahmen verknüpft. Die Simulationsergebnisse fußen auf einer komparativ-statischen Analyse und werden durch prozentualen Änderungen der Modellvariablen relativ zu deren Basis, d.h. vom initialen hinzu dem finalen Gleichgewichtszustand, ausgedrückt.

Tabelle 1. Entwicklung makroökonomischer Indikatoren aufgrund ausgewählter Politikmaßnahmen.

Indikator	Politikmaßnahme					
	Kombination aller Maßnahmen	Senkung der Unternehmenssteuer	Anhebung des Mindestlohns	Verringerung der Stromsteuer	Deckelung des Netzentgelts	Kombination von Stromsteuer und Netzentgelt
BIP	+3,78%	+3,91%	-0,73%	+0,10%	+0,50%	+0,59%
Beschäftigung	+6,07%	+6,88%	-1,57%	+0,14%	+0,71%	+0,85%
Inflationsrate	+6,18%	+4,70%	+1,50%	-0,04%	-0,22%	-0,26%
Privater Konsum	+8,44%	+6,69%	+0,85%	+0,14%	+0,70%	+0,83%
Investitions-güternachfrage	+15,40%	+14,35%	-1,03%	+0,31%	+1,61%	+1,94%
Außenbeitrag	-9,23%	-6,50%	-1,90%	-0,10%	-0,53%	-0,63%
Finanzierungssaldo (absolut in Mrd. Euro)	+129,48% (+365,42)	+124,30% (+350,78)	+5,57% (+15,71)	+1,54% (+4,33)	-3,65% (-10,30)	-2,02% (-5,71)

Anmerkungen: Die prozentualen Änderungen beziehen sich auf einen Zeitraum von einem Jahr. Angaben zum Finanzierungssaldo in Klammern beziehen sich auf die absolute Änderung innerhalb eines Jahres ausgedrückt in Milliarden Euro.

im Kapitalstock führen. Jedoch würde es auch zu einem starken Anstieg der Inflationsrate in Höhe von 6,07% sowie einen sinkenden Außenbeitrag (aufgrund einer relativ zu den Exporten stärker ansteigenden Importgüternachfrage) kommen.

Diese Entwicklung wird jedoch teuer erkaufte: Der Finanzierungssaldo könnte absolut gesehen um 365,42 Milliarden Euro bzw. um 129,48% ansteigen. Eine solche Politikmaßnahme würde sich somit nicht selbst finanzieren. Dies wäre lediglich dann der Fall, wenn zusätzliche Einnahmen über indirekte Steuern (wie z.B. durch höhere Mehrwertsteuereinnahmen) aufgrund einer expansiven wirtschaftlichen Entwicklung zu einer Überkompensation des Wegfalls der Einnahmen aus Körperschafts- und Gewinnsteuern führen würden. Gemäß unseren Simulationen trifft jedoch das genaue Gegenteil zu, wonach die zusätzlichen Einnahmen durch indirekte Steuern in Höhe von 56,65 Milliarden Euro einem Rückgang in den Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung von 398,78 Milliarden Euro (ohne Berücksichtigung von steuerlichen Handelsabgaben und der Staatsausgaben) gegenüberstehen würden.

Die in Tabelle 1 abgebildeten Ergebnisse verdeutlichen, dass eine Senkung der Unternehmenssteuer ursächlich für die oben diskutierte Entwicklung wäre. Allein aufgrund dieser Maßnahme wäre ein Anstieg von 126,20% im Finanzierungssaldo denkbar.² Eine weitaus weniger dramatische Entwicklung ergibt sich für das Szenario einer Anhebung des Mindestlohns, wobei der Finanzierungssaldo hier um lediglich 15,71 Milliarden Euro absolut gesehen ansteigen würde. Nichtsdestotrotz handelt es sich um ein die deutsche Wirtschaft belastendes Politikvorhaben, welches die Lohnstückkosten im Durchschnitt weiter erhöhen würde und somit einen negativen Effekt auf das BIP (-0,73%) und die Beschäftigung (-1,57%) entfalten könnte.

Nur marginale Änderungen sind dagegen von einer Verringerung des Bruttostrompreises zu erwarten. Während jedoch die makroökonomische Entwicklung bei einer Senkung der Stromsteuer vernachlässigbar ist, könnte eine Deckelung des Netzentgeltes nicht nur zu einem leichten Anstieg im BIP (+0,50%) als auch in der Beschäftigung (+0,71%) führen, sondern sogar zu einer Verringerung im Finanzierungssaldo von 3,65%, d.h. absolut gesehen zu einem Rückgang von circa 10 Milliarden Euro. Hauptursächlich für diese beschriebene Entwicklung ist der Umstand, dass eine Herabsetzung des (regulierten) Netzentgelts zwar den Gewinnaufschlag der Strom- und Gasnetzbe-

2. Eher moderat negative Entwicklungen würden sich beispielsweise bei einer Senkung der Unternehmenssteuer in Höhe von nur einem Prozentpunkt ergeben. In diesem Fall würden der Finanzsaldo um 75,00 Milliarden Euro bzw. 26,00% (64,41 Milliarden Euro; 22,82%), das BIP um 0,68% (0,80%) und die Beschäftigung um 0,63% (1,37%) unter Einbeziehung aller Maßnahmen (bzw. aufgrund einer alleinigen Veränderung in der Steuer) steigen.

treiber aufgrund ihres natürlichen Monopols verringert, jedoch nicht direkt zu einem Rückgang im Steueraufkommen des Staates führt. Die Prognose weist somit für dieses Szenario einen positiven Nettoeffekt aus.

Zusammenfassend ergibt sich aufgrund der HWWI-Prognose, dass eine Senkung der Unternehmenssteuer auf den Wert von 25% zwar einem starken positiven konjunkturellen Impuls erzeugen würde, allerdings auch zu einer Verdoppelung des Staatsdefizits führen könnte. Mit der derzeitigen Schuldenbremse ist diese Maßnahme kaum finanzierbar. Für dieses Szenario ergibt sich somit ein Zielkonflikt, da potenzielle hohe Zuwachsraten u.a. in der Wirtschaftsleistung, dem Konsum und der Beschäftigung zu verzeichnen wären. Auch eine Erhöhung des Mindestlohns würde voraussichtlich zu einem (wenn auch in Relation deutlich geringeren) Anstieg im Finanzierungssaldo (+5,57%) bei einem gleichzeitigen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (-0,73%) führen. Es lässt sich jedoch auf Basis der Analyse schlussfolgern, dass eine Kombination aus Stromsteuer- und Netzentgeltsenkung zu empfehlen wäre, welche mit einer positiven Entwicklungen in der realen Wertschöpfung (+0,59%) und der Beschäftigung (+0,85%) sowie des privaten Konsums (+0,83%) und der Investitionsnachfrage (+1,94%) einhergehen könnte, während das Staatsdefizit um circa 2% bzw. 5,71 Milliarden Euro abnehmen würde.

Auch wenn die in den Programmen der Parteien gemachten Aussagen zu den angebotsseitigen (und anderen) Politikmaßnahmen nach der Bundestagswahl sich aufgrund von Koalitionsvereinbarungen aller Voraussicht nach nicht vollumfänglich umsetzen lassen werden, so macht die durchgeführte Analyse deutlich, dass viele der hier diskutierten ambitionierten Versprechen und Vorhaben den Staatshaushalt stark belasten könnten. Diesem Umstand kann mit Hinblick auf eine mögliche hohe finanzielle Belastung zukünftiger Generationen eine signifikante ökonomische Bedeutung für die zukünftige Ausgestaltung der Finanzpolitik beigemessen werden.